

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — Postfachkonto Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13993. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Insertionspreis:** Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Seite 1.70 Mk. Restlose Kolonelleise 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Wozu die bayerischen Einwohnerwehren nötig sind.

Großdeutsche Annexionspläne.

München, 16. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.)  
Hoch Bayerischer Parteivorstand, Der Kampf, veröffentlicht wichtige Enthüllungen über die bayerische Orgel aus einer Eingabe des Vorsitzenden der bayerischen Königspartei, Mayer-Roy, an den Landtag. Die Eingabe ist bis heute im Landtag nicht behandelt worden, so daß die Vermutung nahe liegt, daß sie unterschlagen werden soll. Mayer-Roy war Fahnenhauptmann in der Einwohnerwehr und wurde seines Amtes enthoben, weil er den Mißbrauch der bayerischen Einwohnerwehren zu alldeutschen monarchistischen Zwecken bekämpfte. In einer Sitzung der Einwohnerwehrgeschichte am 13. Januar jagte der stellvertretende Vorsitzende der Landesleitung der bayerischen Einwohnerwehr, R. Kändler (der Leiter der Delegation), daß die neuesten Ereignisse es wahrscheinlich erscheinen ließen, daß der Fahnenhauptmann im Gebiet seiner Fahne wohne. Der Kampf schreibt dann weiter:

Bekanntlich hat die Landesleitung der bayerischen Einwohnerwehr am 19. Januar 1921 erklärt, daß sie mit dem Kapitan Ehrhardt, Major Stefani und dem General Wittmann nichts zu tun habe. Dieser Behauptung gegenüber stellt Mayer-Roy fest, daß der stellvertretende Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehr keine Verbindung mit österreichischen Monarchisten hat, kann ich bestätigen, denn er ist grundsätzlich ein Gegner des Hauses Habsburg, bekämpft die österreichischen Monarchisten und hofft, mit der Delegation unter Zustimmung der bayerischen Einwohnerwehr und der Marinebrigade Ehrhardt in absehbarer Zeit die Aufschlüsselung anexionistisch zu lösen, im Dienst der von Berlin aus geleiteten großdeutschen Bewegung in Oesterreich. Der stellvertretende Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehr nahm am Nachmittag des 26. September 1920, gelegentlich einer Führerbesprechung in der Aula der Universität Wien, teil in Wien, an der Dr. Ehrhardt, wiederholt die Behauptung, daran zu erinnern, daß er einer der entscheidenden Führer der großdeutschen Bewegung in Oesterreich sei. In der Abfassung der Chiemgauer Einwohnerwehr richtete der stellvertretende Landeshauptmann an die Führer die Frage, ob ihre Fahnen bereit seien, sich voll an einer monarchistischen Expedition nach Kärnten zu beteiligen. Den Kern dieser Expedition bilde die Marinebrigade Ehrhardt. Ich muß jetzt zwar erklären, daß dieses Expeditionskorps den bedrängten Brüdern im Osten beizustehen habe gegen einen Feind, der das Abstammungsrecht in Anspruch nimmt. Ich gehe aber nicht fehl mit der Annahme, daß diese Aufgabe nicht die einzige gewesen wäre. Herr Kändler fügte hinzu, daß er persönlich mit einem regierenden Fürsten im Osten in wichtigen politischen Angelegenheiten verhandelt habe. Einer der Chiemgauer Führer teilte mir bald darauf mit, daß er in einer Führerbesprechung der Chiemgauer Einwohnerwehr am Vorabend des Landesfestens in Innsbruck eindringlich davor warnen mußten, mit bewaffneten Händen sich den Zugang nach Innsbruck zu erzwingen. Zu Beweise der Richtigkeit seiner Auffassung bringt Mayer-Roy ein Schreiben des Wehrkommissars von Oberbayern aus dem August 1919 an das Militärministerium, das damals von dem Reichssozialisten Schneppenhorst befehligt war. In diesem Schreiben wird auf die Lösung der Einwohnerwehr von der Staatskontrolle hingewiesen. Es heißt dort: „Der Kern arbeitet unter fortgesetzter Umgehung des Wehrkommissars mit den Reichsoberbänden und Gausleitern wegen Ausrüstung der Einwohnerwehr mit Artillerie und Minenwerfern.“

Damit wird also das beständig, worüber wir die Öffentlichkeit noch unter der rechtssozialistischen Regierung Hofmann alarmiert haben. Die Reichssozialisten selbst erscheinen als die Verantwortlichen an der Gestaltung der Dinge, so wie wir sie jetzt in Bayern haben. Die Regierung Hofmann war von allem unberührt und hat verdröckelnd nichts getan, um die Öffentlichkeit mobil zu machen. Die Diktatur war der Rapp-Putsch und sind heute die Pariser Beschlüsse.

### Ein Anschlag auf den Achtfundentag!

Das Organ des Eisenbahnerverbandes veröffentlicht folgenden bedauerlichen Geheimrat:

Reichsverkehrsminister Berlin W 66 21. 1. 21.  
E VI 61 Nr. 152 21 Wilhelmstraße 70.  
An Abteil. E I—E VIII  
Abteil. Nr. IV (je besonders).

Der Herr Minister möchte möglichst bald Material darüber haben, welche Einwirkung eine Verlängerung der Arbeits- und Dienstzeit der Beamten und Arbeiter um eine Stunde, insbesondere in finanzieller Beziehung und hier wieder vor allem hinsichtlich sachlicher Ergebnisse haben würde.

Eine Erörterung der Frage soll am 28. ds. Mts., vormittags, im großen Sitzungssaale stattfinden.  
Sofort! I. B. Stieber.

Der Verkehrsminister läßt diese Untersuchungen natürlich nicht aus theoretischen Gründen anstellen. Herr Groener hat sehr praktische Ziele. Er will den Achtfundentag zerstören, er will die Rentabilität der Eisenbahnen auf Kosten der Arbeiter und Beamten — und auf Kosten der Sicherheit der Passagiere — heben und zugleich den Mauerbrecher über die Kapitalisten machen, die schon lange nach der Verlängerung der Arbeitszeit gieren, um ihre Profite zu erhöhen, die ja bekanntlich „so niedrig“ sind.

Und Herr Groener beschränkt sich nicht auf die Vornahme von Untersuchungen — er geht auch gleich praktisch auf sein Ziel los. Wie der roten Fahne mitgeteilt wurde, ist auf der Strecke

Neppen—Stentz (Brandenburg) für die Streckenwärter bereits der Zwölfstundentag wieder eingeführt worden. Ist diese Strecke das Versuchsansehen des Herrn Verkehrsministers oder handelt es sich um den Hebergriff eines überreizten Jüngers des Herrn Groener?

Auf jeden Fall zeigt der Ersatz, daß die Wählerscheit gegen den Achtfundentag ständig weitergeht, trotz der schweren Arbeitslosigkeit! Die Arbeiterschaft muß auf der Hut sein, um das Verbrechen einer Zerstörung des Achtfundentags in wichtiger Abwehr verhindern zu können. Dazu muß sie vor allem ihr festes festgefüßtes Bollwerk, die Gewerkschaften, geschlossen und stark erhalten. Die Abwehr aller Zersplitterungsbestrebungen in den Gewerkschaften wird mehr und mehr zu der Lebensfrage des deutschen Proletariats!

### Die geplante Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise.

In Berlin trat unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Stieler der Sachverständigen-Beirat des Reichsverkehrsministeriums zusammen, um zu den vom Ministerium und der ständigen Tarifkommission ausgearbeiteten Vorschlägen für die Erhöhung der Gültertarife sein Gutachten abzugeben. In der Eröffnungsrede machte der Staatssekretär auch Mitteilungen über die beabsichtigte Erhöhung der Personentarife. Die Eisenbahnverwaltung führt demnach, wie bei der Neuordnung der Gültertarife ab 1. 12. 1920, eine organische Neuordnung der Personentarife durch. Die neuen Fahrpreise sollen sich auf Einheitsfähnen aufbauen, die betragen werden: für die 4. Klasse 13, für die 3. Klasse 19,5, für die 2. Klasse 32,5 und für die 1. Klasse 68,5 Pfg. für einen Kilometer. Gegenüber den Friedensfahrpreisen bedeuten diese Sätze eine Steigerung von 550 Prozent für die 4. und 3. Klasse, von 622 Prozent für die 2. und 735 Prozent für die 1. Klasse. Demnach würde z. B. eine Kasse von Berlin nach Samburg künftig kosten: 38 Mk. (statt bisher 28,4) in der 4., 57 Mk. (42,4) in der 3., 96 Mk. (70) in der 2. und 170 Mk. (156,6) in der 1. Klasse. Für die Strecke Berlin—Frankfurt a. M. betragen die neuen Fahrpreise: 71 Mk. (40) in der 4., 108 Mk. (78) in der 3., 176 Mk. (129,6) in der 2. und 316 Mk. (201,6) in der 1. Klasse. Die Schneezugzuschläge werden unter Beibehaltung, des bisherigen 3-Zonen-systems (bis 75, bis 150 und über 150 Kilometer) erhöht auf 8, 16 und 24 Mk. in der 1. und 2. Klasse und auf 4, 8 und 12 Mk. in der 3. Klasse. Die neuen Fahrpreise sollen am 1. Juni 1921 in Kraft treten.

### Ein deutschnationaler Wahltrieb.

Berlin, 16. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.)  
Die Deutsche Tageszeitung bringt heute einen langen Auszug aus einem angeblichen Plan der Kommunisten für die zivil- und wirtschaftliche Verwaltung während des Kampfes um die proletarische Diktatur und bis zur anderweitigen Regelung der deutschen Sowjetmacht durch einen etwaigen Rätekongress. Sie knüpft daran das Verlangen, daß es notwendig sei, einen neuen Kurs in Preußen einzuführen, damit endlich energisch derartigen Machenschaften ein Riegel vorgeschoben wird.

### Der Proteststreik der englischen Bohomotivführer.

London, 14. Februar. Star zufolge wurde heute nichtamtlich mitgeteilt, daß beim Ausbleiben eines betriebliegenden Antwort der Regierung, betreffend die Schließung von Mallow, der allgemeine Streik der Bohomotivführer und -helfer am Donnerstag um Mitternacht beginnen werde.

### Die Kirche in Ungarn für Habsburg.

Berlin, 16. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.)  
Wie die Wiener Arbeiterzeitung meldet, hat Fürstprimas Caernoch an alle Geistlichen die Weisung ausgegeben, daß künftig in der Messe der „apostolische König“ dem Namen nach zu nennen sei. Es wird also in ungarischen Kirchen hinfort die Agitation für alle Habsburger ganz öffentlich betrieben und für Karl IV. gebetet werden.

### Der Kampf gegen den Bolschewismus.

Paris, 15. Februar. Wie die Abendblätter mitteilen, hat die Polizei heute vormittag den Bolschewistenführer der Zeitung Le Conseil, Louis Wiliam, und den Sekretär der kommunistischen Jugendvereinigung verhaftet.

Die Bolschewisten bereiten anscheinend gegen die allgemeine Verfolgung der Kommunisten eine Gegenaktion vor. Nach einer Meldung, die über Finnland kommt, hat in Moskau eine wichtige Konferenz stattgefunden. Die Konferenz besprach die Maßnahmen, die getroffen werden sollen, um die antibolschewistische Aktion in Westeuropa und besonders in Frankreich zu bekämpfen. Die Bolschewistenpresse, die auf die Konferenz aufmerksam macht, bewahrt absolutes Stillschweigen über die Maßnahmen, die getroffen werden sollen.

### Die österreichische Arbeiterschaft und die Steuerfrage.

Von Therese Schloßinger, Mitglied des österreichischen Parlaments, Wien.

Die österreichischen Kommunisten hielten seit einigen Wochen die Zeit für gekommen, um wieder einmal einen Vorstoß gegen die Sozialdemokratie zu unternehmen. Den willkommenen Anlaß dazu gab ihnen eine im August des vorigen Jahres unter Mitwirkung der Sozialdemokraten zustande gekommene und mit Beginn dieses Jahres in Kraft getretene Novelle zum Einkommensteuergesetz.

Sehr schwer dürfte es ja niemals fallen, Steuerpflichtige von der Verwerflichkeit des Steuerzahlens zu überzeugen. Diese Aufgabe ist aber noch wesentlich leichter Leuten gegenüber, die bis dahin gar nicht oder nur in viel geringerem Maße steuerpflichtig waren, und sie bietet die allergeringsten Schwierigkeiten, wenn sie darin besteht, Menschen gegen das Steuerzahlen einzunehmen, die trotz ihres um ein Vielfaches gesteigerten Geldeinkommen doch in Not und Entbehrungen leben müssen.

Darum vermochte das Gesetz der Kommunisten gegen den Verrat der Sozialdemokraten an der Arbeiterklasse, begangen durch die Bewilligung der neuen Bestimmungen des Steuergesetzes, das sich bis zur Aufforderung zum Steuerstreik steigerte, eine gewisse Beunruhigung sogar in Kreise der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu tragen, die sonst gegen das berufsmäßige Geschimpfe der Kommunisten über alles und jedes, das die Sozialdemokraten tun und nicht tun, in hohem Grade immun sind. Mancherlei Ursachen außer der schweren Rolle der österreichischen Arbeiter haben noch mitgewirkt, um diese Erregung herbeizuführen.

Der jähe Widerstand, welchen die bürgerlichen Parteien der Einführung der Vermögensabgabe entgegengekehrt haben und die Verschleppung der Durchführung des endlich zustandekommenden Gesetzes durch die christlich-sozialen Regierung, haben die Arbeiterschaft sehr erbittert und die Tatsache, daß das neue Einkommensteuergesetz früher in Kraft getreten ist, als dasjenige über die Vermögensabgabe, hat bei den Arbeitern den Eindruck noch verstärkt, daß auch in der demokratischen Republik den Besitzlosen zuviel, den Reichen aber zuwenig aufgebürdet werde.

Daß auch in Oesterreich, wo heute die Macht der Arbeiterschaft größer ist als in jedem anderen Lande mit Ausnahme Rußlands, wir von einer gerechten Verteilung der Lasten und Genüsse noch himmelweit entfernt sind, ist etwas, das nicht einmal der verbohrteste Reaktionär und noch viel weniger ein Sozialdemokrat bestreiten kann.

Der Tatsache, daß wir eben nicht in einer sozialistischen, sondern in einer bürgerlichen Republik leben, die sich der drückendsten wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Siegermächten nicht zu erwehren vermag, müssen ja auch die Kommunisten Rechnung tragen, ob sie es wollen oder nicht. So oft sie die Schwere dieser Tatsache zu leugnen trachten und sich zu Putschversuchen haben hinreichend lassen, waren sie bald danach gezwungen, solche Experimente zu bereuen und abzuleugnen.

Das aus dem Jahre 1896 stammende Einkommensteuergesetz, das bisher unverändert in Kraft war, hat Einkommen relativ wenig belastet, die noch von Arbeitern und Kleingewerbetreibenden erreicht werden konnten. Bei höheren Einkommen, etwa vier- bis fünftausend Kronen, begann schon eine erhebliche Progression. Die Folge davon ist, daß Arbeitereinkommen, wie sie schon während des Krieges und seither noch mehr infolge der Geldentwertung sich gestaltet haben, unerträglich hoch besteuert erschienen. Das kam aber den Arbeitern in der Regel nicht zum Bewußtsein, weil die Steuerverwaltung ganz außerstande war, eine neue Veranlagung durchzuführen, so daß die erhöhten Steuern nicht eingehoben werden konnten. Als dann aber nach und nach die Arbeit nachgeholt wurde, ergab sich für viele Arbeiter eine Verpflichtung, rückständige Steuern nachzuschaffen, der sie absolut nicht gewachsen sind. Dieser Mißstand rief nach schärferer Abhilfe. Es war dringend notwendig geworden, der Tatsache Rechnung zu tragen, daß Einkommen, die ehemals solche reiche Leute waren, nun Arbeitereinkommen sind und es mußte zugleich gefordert werden, daß die so notwendige Entlastung der schwächsten Steuerträger weitgemacht werde durch energische Besteuerung der Wohlhabenden und Reichen.

Dieser doppelten Aufgabe haben sich die Sozialdemokraten bei Schaffung des neuen Gesetzes unterzogen, wie es einige Beispiele veranschaulichen mögen.

Im August 1920, als das Gesetz umgestaltet wurde, konnte ein Jahreseinkommen von 60 000 Kronen noch als das höchste angesehen werden, das Arbeiter in beträchtlicher Anzahl zu erreichen vermögen. Auf ein solches Einkommen entfiel nach dem damals geltenden Gesetz eine Steuerleistung von 4768 Kronen, eine für Proletarier gewiß zu starke Belastung. Die Novelle setzt die Steuer dieser Stufe auf 1600 Kronen herab. Familienvätern aber werden außerdem Nachlässe gewährt, die je nach der Kopfzahl der Familie steigen und bei fünf und mehr Kindern vierzig